

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Band: 60 (1966)
Heft: 9

Artikel: Chinesische Aggression - Mythos oder Bedrohung? (Teil 2) : Tibet
Autor: Burchill, Charles
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-141169>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 19.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Chinesische Aggression – Mythos oder Bedrohung? (2)

Wie in der Juli/August-Nummer angekündigt, bringen wir nachstehend einen weiteren Beitrag von *Charles Burchill* über einige Probleme, die China betreffen, wie sie von der *Canadian Study Group on China Policy* (3780 Point Grey Rd, Vancouver 8, B. C.) erarbeitet wurden. Mr. Burchill ist Professor für Geschichte der Volkswirtschaft in Kanada.

Tibet

Die chinesischen Militärkräfte unterdrückten im Jahre 1959 eine kurze Rebellion in der entfernten Provinz Tibet. Diese Handlung ist oft unrichtig als Beispiel chinesischer Aggression gegen Nachbarländer dargestellt worden. In Wirklichkeit ist Tibet nie von irgendeiner Macht als unabhängiger Staat anerkannt worden, und jeder internationale Vertrag über Tibet hat jene Provinz als legitimen Bestandteil von China anerkannt. Wie andere Provinzen Chinas und wie amerikanische Staaten oder kanadische Provinzen, hatte Tibet eine Lokalregierung, aber es bestand nie der geringste Zweifel, daß diese Lokalregierung der Zentralregierung Chinas und damit den chinesischen Gesetzen unterstand.

Als die Kommunisten 1949 an die Macht kamen, wurden einige radikale konstitutionelle Änderungen durchgeführt. Zu diesen zählte die Abschaffung der Herrschaft der Grundherren, die Beschlagnahme großer Landgüter (zum Beispiel Klöster), die Befreiung der Leibeigenen und der gefesselten Sklaven und die Modernisierung des Familienrechtes, so daß Männer nicht länger ihre Kinder oder ihre Frauen verkaufen konnten. Viele dieser Mißbräuche waren in anderen Teilen Chinas schon ausgerottet worden als Folge von Reformen, die während der Revolution von 1911 eingeführt wurden. Diese Reformen waren nie bis nach Tibet vorgedrungen, wo die Klöster die bedeutendsten Großgrundbesitzer waren, wo Leibeigenschaft und Sklaverei das Schicksal der Mehrheit der Einwohner und das Familienrecht äußerst primitiv war. Als besonderes Zugeständnis wurden der Provinz Tibet zehn Jahre Zeit eingeräumt, damit die Reformen, die in anderen Provinzen viel schneller verwirklicht wurden, nach und nach eingeführt werden könnten. Die Regierung in Tibet jedoch machte kaum einen Versuch, ihre Lokalgesetze zu modernisieren, und die Ausdehnung des chinesischen Gesetzes auf Tibet im Jahre 1959 provozierte eine kurze Rebellion. Eine beträchtliche Zahl von Flüchtlingen überschritt die Grenze nach Indien und erzählten herzzerreißende Geschichten von der Grausamkeit, mit welcher die Rebellion unterdrückt worden sei. Das Ergebnis dieser Geschichten war, daß China weiterhin in der Welt des Völkermordes (Genocid) wie auch der Aggression bezichtigt wurde.

Was die Anklage auf Aggression angeht, ist sie ganz einfach Unsinn. Die Situation in Tibet ist genau gleich derjenigen in den Vereinigten Staaten zur Zeit des Bürgerkrieges (1861–65). Da die herrschenden Klassen in den Südstaaten das Gefühl hatten, ihr privates Eigentum und ihre persönliche Stellung seien durch die zunehmende Anti-Sklavereibewegung im Norden be-

droht, rebellierten sie gegen die Bundesregierung. Der nachfolgende Bürgerkrieg war lang und blutig, wogegen die Rebellion in Tibet in ein paar Wochen vorbei war. Wenn wir die Unterdrückung der Rebellion und die Abschaffung der Sklaverei vor hundert Jahren in den USA bejahen, können wir kaum behaupten, daß die Unterdrückung der Rebellion und die Abschaffung der Sklaverei in Tibet total falsch waren.

Die Anklage auf Völkermord ist von zwei nichtkommunistischen britischen Journalisten von großer Erfahrung und sehr gutem Ruf, was ihre Gewissenhaftigkeit betrifft, sehr sorgfältig geprüft worden. Diese Journalisten sind in Tibet weit gereist und zum Schluß gekommen, daß die Rebellion nur einen kleinen Teil der Bevölkerung berührte, daß sie schnell unterdrückt wurde mit wenig Verlust an Menschenleben und Zerstörung von Sachwerten und daß heute die neue Ordnung in Tibet allgemeine Unterstützung findet.

Wenn diese Schlüsse stimmen – und es besteht kein Grund, daran zu zweifeln –, dann ist die Anklage auf Genozid ebenso grundlos wie die Anklage auf Aggression.

Bemerkungen zur diesjährigen Sitzung der Exekutive der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit

Die Sitzung des International Executive Committee fand in der letzten Augustwoche in Stockholm statt. Wenn sich die Diskussionen auch oft und lange in Nebensächlichkeiten verloren, so gelang es doch, Mitarbeit und Interesse auf gutem Niveau um die wesentlichen Probleme zu sammeln.

Vietnamkrieg. Seit Jahren steht die WILPF gegen die USA-Politik in Vietnam, in allen Sektionen, wenn auch mit Nuancen. Die US-Sektion selbst ist sich bewußt geworden, daß sie sich hier in Opposition zur eigenen Regierung befindet (Elise Boulding). Eine Anzahl nationaler und internationaler Resolutionen ist bereits angenommen worden. Ihnen gemeinsam waren konkrete, vernünftige Vorschläge für die Beendigung des Krieges, die Wiederherstellung einer Ordnung und den Wiederaufbau des Landes. Diesmal ging es um den Kern der Sache, die Wahrheit (truth), um mit den Australiern zu sprechen. Die australische Sektion war es, die sich in das dokumentarische Material hineingekniet hatte; sie hatte den Bericht über die Vorgeschichte des Vietnamkrieges – Elsbeth Christiansen gab ihn –, einige Background-Vorträge und eine Resolution, vorbereitet; ihre Vertreterinnen wachten über dem Schicksal ihres Resolutionsentwurfes. Er war knapp, klar und zur Sache. Man hätte ihn so annehmen können, fanden die finnischen französischen und deutschen Consultativmitglieder: die Feststellung der Verletzung des Genfer Abkommens von 1954 und der UN-Charta durch die USA und ihre militärischen Verbündeten wie Australien und Neuseeland und die Auffassung, daß der Friede in Vietnam nur zu erreichen sei dadurch,